

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Fernsprecher A 8538. ::
Redaktionschluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 15

Cöln, den 15. Juli 1916.

IV. Jahrgang.

Dennoch.

Schon ist Deutschland halb besiegt, schon liegt es am Boden, so schrien unsere Vettern jenseits des Kanals, um sich selbst Mut zu machen und ihre Veründeten, die allmählig wegen der geringen Opfer Englands ungeduldig wurden, zu trösten. Nicht große militärische Siege konnten sie der Welt verkünden, wohl aber glaubten sie, im Kampfe gegen Kinder, Frauen und Greise Sieger bleiben zu können. Der perfide Aus Hungerungsplan hat uns tatsächlich große Schwierigkeiten bereitet. Es darf aber keinem Zweifel unterliegen, daß wir gegenwärtig den Höhepunkt der Schwierigkeiten erreicht haben. Dieses kann nicht überraschen, ist nach Lage der Dinge — und wir haben sie zu nehmen, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollten oder könnten — etwas ganz Selbstverständliches. Auch in Friedenszeiten macht sich in den letzten Monaten vor der Ernte eine gewisse Knappheit an bestimmten Lebensmitteln, z. B. an Kartoffeln, bemerkbar. Es kann daher nicht verwundern, wenn dieses jetzt in so hohem Maße in Erscheinung tritt.

Es wird eine der größten Taten des deutschen Volkes bleiben, sich durch diese Zeit durchgerungen zu haben. Es war ja nicht die englische Absperrungspolitik allein, die uns die Erschwernisse gebracht hat. Dahinzutrat die sehr ungünstige eigene Ernte des vergangenen Jahres. Der Himmel war uns leider nicht hold, als er uns im Frühjahr und Sommer 1915 soviel Sonnenschein schenkte. Die große Dürre brachte uns nicht nur eine große Missernte in Hafer, Gerste und Hülsenfrüchten, sie beeinträchtigte auch unsere Roggen- und Weizenernte wesentlich. Roggen, Weizen, Hafer und Gerste zusammen genommen, ergaben einen Minderertrag von 9 Millionen Tonnen, gleich 180 Millionen Zentner gegenüber dem Jahre 1913. Die Heuernte betrug 24 Millionen Tonnen, sie war die drittschlechteste der letzten 10 Jahre und blieb um 5 Millionen Tonnen gegenüber dem Jahre 1913 zurück. Die Ackerernte war die zweitschlechteste innerhalb des letzten Dezenniums — 7 731 822 Tonnen — und blieb nur noch hinter der des trocknen Jahres 1911 zurück.

Aus diesen Zahlen allein ergibt sich mit aller Schärfe, in welchem Umfange das für Menschen und Vieh, nach Wegfall der immerhin wesentlichen Einfuhr von Ernährungsmitteln, zur Verfügung stehende Quantum verringert wurde. Gemildert wurde es durch die Rekordkartoffelernte. Dies war aber auch das einzige Produkt für den erforderlichen Nahrungsmittelspielraum. Alle Lücken sollten mit ihm gestopft werden und sind es auch in großem Umfange geworden. Daß daher nach Unterlassung der Sicherstellung des für die menschliche Ernährung nötigen Quantums sich

in den letzten Monaten vor der neuen Ernte eine größere Kartoffelknappheit bemerkbar machen muß, darf daher nicht weiter verwundern. Die menschliche Ernährung hat weit größere Mengen wie in normalen Zeiten beansprucht, noch mehr aber das Vieh. Gerade mit letzterem aber befinden wir uns in einem gewissen Zwiespalt. Wir betonen und fordern, daß Menschenernährung vor Viehernaehrung geht; andererseits empfinden wir so sehr den Mangel an Fett und Fleisch.

Die vorhandene Knappheit ist somit etwas Natürliches, etwas Unabänderliches. Sie hätte gewiß gemildert werden können durch eine bessere Verteilung, sie hätte erträglicher gemacht werden können durch eine andere Preisgestaltung. Wir brauchen darüber nichts zu sagen, wir haben über das „Engländertum“ unter den eigenen Volksgenossen unsere Meinung des öfteren in unzweideutiger Art zum Ausdruck gebracht. Daran ändern wir auch in Zukunft nichts, weil es zum allerbedauerlichsten Kapitel des Krieges gehört. Was wir allerdings von den Regierungen, dem Kriegsernährungsamt, den kommunalen Behörden endlich erwarten müssen — von der Einsicht der Interessenten wagen wir nicht mehr zu reden —, ist, daß sie alles tun, um jede mögliche Erleichterung gegenwärtig und für die neue Ernte herbeizuführen. Obst und Gemüse müssen gegenwärtig die Lücken stopfen, die Nutzanwendung ergibt sich von selbst. Die Regierenden müssen mit aller Schärfe gegen diejenigen einschreiten, die durch ihren persönlichen Eigennutz den Kampf des deutschen Volkes gegen eine Welt von Feinden so ungemein erschweren, ja seine siegreiche Durchführung überhaupt in Frage stellen.

Wir wollen aber heute nicht hierüber reden. Das wollen wir uns aufheben für eine andere Zeit, wo die freie Aussprache keine Gefahren für unser Volk mehr in sich birgt, wo wir aber auch handeln können. Wenn man dagegen einwenden wollte: Wir sollen also wieder die Einsichtigen sein, sollen über die harte Gegenwart unsere Augen in die Zukunft richten, während wir von eigenen Volksgenossen gepreßt werden, um ihren Beutel zu füllen, so sagen wir: Gut, laß sie es. Zunächst werden wir uns dagegen wehren, so gut wir es nur immer vermögen, das große Ziel aber soll uns trotzdem nicht aus den Augen kommen. Insofern wollen wir die Einsichtigen sein und unseren ganzen Willen danach einstellen. Wir wissen, um was es geht, wissen, was das deutsche Volk zu gewinnen und zu verlieren hat. Deshalb bleiben wir nicht am Tage hängen, sondern blicken darüber hinaus in die Zukunft, die uns entweder ein am Boden liegendes, geknechtetes Deutschland zeigt, mit einem Volk, dem man Arme und Beine schnürt, um es in seiner Betätigung hindern zum Wohle der Geg-

ner, oder ein starkes und freies Deutschland, das sich in der Welt betätigen kann, wie es seinem Willen und seiner Befähigung entspricht. Wir haben die Wahl zwischen Zwang und Tod, Leben und Freiheit.

Deshalb müssen wir durchhalten. Wir müssen, wenn es auch schwer fällt. Hungern können uns unsere Feinde lassen, aber nicht unseren Willen beugen. Proben haben wir ihnen bereits davon geliefert, wir werden ihnen, wenn es sein muß, noch stärkere zeigen.

Der Sturm rast. Auf der Höhe der Lebensmittelschwierigkeiten, auf allen Fronten der Ansturm unserer Feinde. Sollen wir die Opfer der zwei Kriegsjahre umsonst gebracht haben? Sollen die Lasten und Entbehrungen unserer Krieger, soll das viele Blut vergeblich, sollen die Trauer und die Schmerzen, der Hunger unserer Frauen und Kinder, alles um nichts gewesen sein? Dagegen beugt sich jedes deutsche Herz im Grimm auf. Nein! Nie! Was wir errungen, halten wir fest, dafür bringen wir jedes, selbst das schwerste Opfer.

Wer weiß, ob wir nicht an dem entscheidenden Punkte bereits angelangt sind. Es ist nicht deutsche Art, in schweren Zeiten den Kopf hängen zu lassen. Im Gegenteil: Je höher die Schicksalswogen schlagen, je härter es trifft, um so mehr stählt sich der Wille zur Abwehr und zum Angriff. Das ist gute deutsche Art, sie soll und muß uns Leitstern in diesen Tagen Weltgeschehens sein, wo um die Zukunft unseres Vaterlandes, um das Wohlergehen unserer Frauen und Kinder, um unseren Fortschritt gewürfelt wird.

Wir zweifeln nicht daran, daß auch unsere Mitglieder, draußen im Felde wie sonst daheim, nicht minder auch unsere Frauen, sich dem Ernst der Situation bewußt sind. Was seitens des Verbandes zur Erleichterung inbezug auf eine gerechte Lebensmittelverteilung geschehen kann, geschieht. Die schönen Erfolge unseres Vorgehens zwecks Neuregelung der Steuerungszulagen in manchen Städten zeigten, daß wir auch, trotz des Krieges stets bestrebt sind, die Lage der Kollegen nach Möglichkeit zu bessern.

Aus unsern Berufen.

Eingaben zur Erhöhung der Steuerungszulagen, bezw. Neuregelung derselben wurden von unserm bayr. Sekretariat in letzter Zeit an folgende Stadtverwaltungen gemacht: Weiden, Amberg, Freising und Starnberg. In diesen Städten nimmt unser Verband bereits zum drittenmale Stellung zu dieser Frage, nachdem die bisher gewährten Steuerungszulagen durch erneute Preissteigerungen wieder hinfällig wurden. Möge auch für diese Kollegen der erhoffte Erfolg nicht ausbleiben.

Die Stadtverwaltung Bodum hat sich in letzter Zeit, auf unsere Eingabe hin, mit der Neuregelung der Steuerungszulagen beschäftigt. Es steht zu erwarten, daß diese Angelegenheit demnächst zum Abschluß kommt. Wir werden in einer der nächsten Nummern ausführlicher darüber berichten.

Neuregelung der Steuerungszulagen in Mannheim. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, die bisherigen Steuerungszulagen wie folgt zu erhöhen: Mit Rückwirkung vom 1. Januar 1916 ab wird gezahlt an Ledige 6 Mk., Verheiratete ohne Kinder 15 Mk. und an Verheiratete mit Kinder 12 Mk. Außerdem für jedes Kind bis 18 Jahren 3 Mk. pro Monat. Die Höchstzulage beträgt 33 Mk.

Rundschau.

Auszeichnungen. Mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes wurden ausgezeichnet die Mitglieder: Martin Faßbender, Bezirksleiter des Verbandes in Karlsruhe, August

Kaiser, Ortsgruppe Cöln (Gemeindearb), Wilhelm Müller und W. Schaffrath, Ortsgruppe Cöln (Straßenb.). Koll. Otto Press, von der nämlichen Ortsgruppe, dem bereits das Eiserne Kreuz verliehen war, wurde zum Unteroffizier befördert. Wir gratulieren die Kollegen herzlichst und wünschen ihnen eine baldige glückliche Heimkehr.

Arbeitsvermittlung für Kriegsschädigte. Der Rheinische Arbeitsnachweisverband hat im Interesse der Arbeitsvermittlung an Kriegsschädigte und Erwerbsbeschränkte sich mit der Frage befaßt, Werkstätten für Erwerbsbeschränkte in der Rheinprovinz ins Leben zu rufen. Bei der Wichtigkeit dieser Frage nahm an den Verhandlungen auch ein Vertreter des Reichsversicherungsamtes in Berlin teil, dessen Präsident, Dr. Kaufmann, vor einigen Wochen in der Rheinprovinz die hier bestehenden Lazarettwerkstätten besichtigt hatte. Die beiden Veröffentlichungen von Landesrat Dr. Schellmann und Verwaltungsdirektor Lohman schienen die Grundlage abgeben zu können, auf der aufzubauen ist. An der Forderung, daß die Werkstätten für Friedensbeschädigte dem dreifachen Zwecke: der Heilung, der Ausbildung und Anlernung sowie als Beschäftigungsmöglichkeit für Schwerbeschädigte zu dienen haben, muß festgehalten werden. Wenn heute die Lazarettwerkstätten in der Mehrzahl Kriegsschädigte als Zusassen aufweisen, so haben diese neuen Einrichtungen gezeigt, daß sie auch für die Friedenszeiten dauernden Wert haben können, an denen Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsanstalten, Gemeindeverwaltungen, die Provinzverwaltungen und der öffentliche Arbeitsnachweis das größte Interesse haben. Eingehend wurde die Frage nach dem Bedürfnis solcher Werkstätten geprüft und in bejahendem Sinne beurteilt. Voraussetzung hierbei sei selbstverständlich ein Zusammenarbeiten mit den verschiedenen Interessentengruppen. Für welche und wieviele Berufs-Werkstättenabteilungen mit den jeweiligen Heilanstalten zu verbinden sind und an welchen Orten, sind Arbeiten der nächsten Zeit. Man war allgemein der Ansicht, daß die betreffenden Heilanstalten selbst die geeigneten Träger der Einrichtung seien. Zur Verbreitung des Gedankens der Errichtung von Werkstätten für Erwerbsbeschränkte werden die erwähnten beiden Abhandlungen als Druckschrift erscheinen und ausgiebig zur Verteilung gelangen. Daneben werden noch besondere Schritte unternommen, um die einzelnen Interessentengruppen des näheren mit der ganzen Frage zu befragen. Die Unterstützung des Reichsversicherungsamtes zu dem beabsichtigten Vorgehen in der Rheinprovinz ist in sicherer Aussicht.

Eingabe zur Lebensmittelversorgung. Eine am 23. Juni in Düsseldorf abgehaltene Sitzung des politischen Komitees der kath. Arbeitervereine Westdeutschlands, dem auch eine Reihe führender Mitglieder der christlichen Gewerkschaften angehören, war in ihrem Hauptteil der Besprechung vornehmlich der augenblicklichen Schwierigkeiten des Lebensmittelmarktes gewidmet. In eingehender Beratung wurden die Verhältnisse der einzelnen Bezirke durchgesehen; auch wurden die bei der einige Tage vorher mit dem Kriegs-ernährungsamt unter Vorsitz des Präsidenten Herrn v. Batocki gegebenen Darlegungen eingehend besprochen. Auf Grund dieser Besprechungen wurde unter erneutem Hinweis auf die Lebensmittelschrift der christlich-nationalen Arbeiterbewegung eine Eingabe an das Kriegs-ernährungsamt gerichtet. Neben einem ersten Hinweis auf die Schwere der Lage in den Verbraucherbezirken betont die Eingabe insbesondere die Notwendigkeit einer raschen und durchgreifenden Regelung der jetzt so wesentlichen Gemüseversorgung, sowie der Kartoffelversorgung und wendet sich scharf gegen die Höhe der Kartoffelpreise, wie sie aus einigen Interessentkreisen, insbesondere aus dem Deutschen Landwirtschaftsrat, bereits wieder verlangt worden sind.

Aus den Ortsgruppen.

Regensburg. Die von unserm Verbands gemachte Eingabe um Erhöhung der bisher gewährten Steuerungszulagen wurde in der Weise erledigt, daß der Magistrat in seiner Sitzung am 2. Juni Stellung zu der Angelegenheit nahm und beschloß, die bisher gewährten Steuerungszulagen von 3—7.50 Mk. monatlich um 50 Prozent, das ist von 4.50 auf 11.25 Mark zu erhöhen. Damit ist allerdings nur ein Teil der von uns gestellten Forderungen erfüllt worden. Diefelben gingen dahin, es möchten für ledige Arbeiter pro Tag 30, für verheiratete Arbeiter mit Frau 40 und für jedes weitere Kind pro Tag 10 Pfennig gewährt werden. In ähnlichem Sinne wurden für die Straßenbahner Forderungen gestellt. Praktisch trifft nach den Beschlüssen des Magistrates für einen ledigen Arbeiter täglich 15, für einen verheirateten mit 1—2 Kinder 30, 3—4 Kinder 40 und mit mehr als Kinder 50 Pfennig Steuerungszulage. Es ist wohl richtig,

daß die gegenwärtige Erhöhung gegenüber den am 11. Dezember beschlossenen Zulagen 50 Prozent beträgt, allein in Wirklichkeit sind es doch recht kleinliche Sätze gegenüber anderen Städten. Das Uebel für die Lohnverhältnisse der städt. Arbeiter in Regensburg liegt an den vor dem Kriege bestandenen, sehr niederen Grundlöhnen.

Augsburg. Zu der von unserm Verbands gemachten Eingabe, betr. Neuregelung und Erhöhung der Steuerungszulagen, hat der Magistrat der Stadt Augsburg in seiner Sitzung am 27. Juni Stellung genommen. Das Wichtigste ist, daß ein alter Kopf mit dieser Neuregelung fällt, der die bisherigen Zulagen zu Almosen herabwürdigte. Nach den bisherigen Bestimmungen, deren sich nur die Stadt Augsburg rühmen konnte, war die Gewährung von Steuerungszulagen von „Dürftigkeit“ und „Würdigkeit“ abhängig und wer sich um eine solche bewerben wollte, mußte erst eine lange Reihe von Fragen beantworten. Daraufhin erfolgte noch eine für den Gesuchsteller peinliche Untersuchung, sodaß viele Arbeiter auf die auf den Gnadenweg gewährte Unterstützung verzichteten. In der sozialen Kommission der Stadt Augsburg hat Gemeindebevollmächtigter Geier als Vorsitzender derselben (in seinem Veruß Bezirksleiter des christl. Textilarbeiterverbandes) energisch gegen die bisherige Art und Weise in der Gewährung der Steuerungszulagen Stellung genommen und die von unserm Verbands gemachte Eingabe als Nischschnur bezeichnet, die für eine Neuregelung maßgebend sein soll. Die bisher gemachten Aufwendungen für Gewährung der Steuerungszulagen an Beamte und Arbeiter betragen jährlich 50 000 Mk., eine geradezu lächerliche Summe für eine Großstadt. Nach den nun vom Herrn Oberbürgermeister im Magistrat gemachten Vorschlägen sollen die Aufwendungen monatlich 21 000 oder jährlich rund 250 000 Mk. betragen. Mit dieser Summe läßt sich etwas anfangen, sodaß die Arbeiter und Straßenbahner der Stadt Augsburg bezüglich der Steuerungszulagen wenigstens ihren Kollegen anderer Großstädte gleichgestellt werden. Das abschließende Resultat über die Neuregelung und Erhöhung der Steuerungszulagen werden wir erst veröffentlichen, wenn auch das Gemeindefolkollegium den Vorschlägen des Magistrats zugestimmt hat.

Soziales.

Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezuge der Altersrente. Durch das Gesetz betreffend Renten in der Invalidenversicherung vom 12. Juni 1916 mit Rückwirkung vom 1. Januar 1916 sind die Bestimmungen über die Altersrente in wesentlichen Punkten geändert worden. Nach § 1251 der Reichsversicherungsordnung erhält Altersrente, wer das gesetzliche Alter nachweist, sowie die Wartezeit erfüllt und die Anwartschaft aufrecht erhalten hat. Das gesetzliche Alter war nach bisherigem Rechte das 70. Lebensjahr. Die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr ist eine alte Forderung der Arbeiterschaft, die auch bei der Neuordnung des Reichsversicherungswesens im Jahre 1911 eine große Rolle gespielt hat. Wenn sie damals noch nicht durchgeführt werden konnte, so lag das nicht an Mangel an Wohlwollen für eine frühere Altersversorgung, ausschlaggebend waren vielmehr lediglich finanzielle Bedenken. Man glaubte, daß die für die Herabsetzung der Altersgrenze notwendigen Mittel an anderer Stelle nötiger und nützlicher seien, so vor allem für die Witwen- und Waisenversorgung. Die damaligen Verhandlungen hatten aber wenigstens den Erfolg, daß der Bundesrat 1915 dem Reichstage die Vorschriften zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen hatte. Das ist nunmehr geschehen. Die Beratungen haben den Erfolg gehabt, daß der Versicherte jetzt die Altersrente vom vollendeten 65. Lebensjahre an erhält, auch wenn er nicht invalide ist. Leider hat sich aber die Vergünstigung nicht ohne eine Erhöhung der Wochenbeiträge durchführen lassen. Sie werden ab 1. Januar 1917 in allen Lohnklassen für die ganze Invalidenversicherung um 2 Pfg. erhöht und betragen demnach von diesem Zeitpunkt an 18, 26, 34, 42 und 50 Pfg.

Die Wartezeit für die Altersrente ist nicht dieselbe wie bei der Invalidenrente, obwohl die Versicherung gegen Invalidität und Alter einseitlich ist und daher immer nur eine Rente bezogen werden kann. Sie beträgt bei der Invalidenrente gewöhnlich 200, höchstens jedoch 500, bei der Altersrente aber 1200 Beitragswochen. Es müssen also 1200 Marken geklebt sein. Um der jetzigen älteren Generation die Erlangung der Altersrente leichter zu ermöglichen, sind besondere Bestimmungen für solche Versicherte erlassen, die das 35. Lebensjahr an dem Tage vollendet hatten, an dem für ihren Berufszweig die Versicherungspflicht eingeführt wurde. Ihnen werden für jedes volle Jahr, um das sie an diesem Tage älter als 35 Jahre waren, 40 Wochen auf die Wartezeit angerechnet und für jeden überschießenden Teil

eines solchen Jahres die darauf entfallenden Wochen jedoch nur bis zu einer Höchstzahl von 40 Beitragswochen.

Neben der Wartezeit muß die Anwartschaft aufrechterhalten werden. Das geschieht dadurch, daß man mindestens alle zwei Jahre 20 Wochenbeiträge leistet. Dagegen wird, wie schon erwähnt, nicht verlangt, daß der Altersrentenempfänger auch invalide ist. Er erhält mit der Vollendung des 65. Lebensjahres ohne weiteres seine Rente, muß dagegen aber, was noch weiten Kreisen unbekannt sein dürfte, seine Versicherungsbeiträge weiter entrichten, weil der Bezug der Invalidenrente dem der Altersrente nicht gleich steht. Dasselbe gilt für die Ansprüche aus der Hinterbliebenenversicherung. Um den Hinterbliebenen nach seinem Tode die Witwen- und Waisenrenten zu sichern, muß die Anwartschaft auch darauf durch Fortentrichtung von Beiträgen aufrechterhalten werden. Der Bezug der Altersrente schließt also die Versicherungspflicht nicht aus. Die Anträge stellt man auf dem zuständigen Versicherungsamt, auf dem Lande bei den Bürgermeistereien. Man benötigt dazu die letzte Quittungskarte, die Aufrechnungsbefehirgungen, sowie eine Geburtsurkunde, die zu diesem Zweck von den Standesämtern kostenlos ausgestellt wird.

Die gemeinnützige deutsche Volksversicherung hielt am 26. v. Mts. ihre dritte ordentliche Generalversammlung im Reichstagsgebäude zu Berlin ab.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Staatsminister Dr. Graf von Posadowsky-Wehner eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, daß die Entwicklung der Gesellschaft im zweiten Kriegsjahre erfreulich günstig gewesen sei, und daß die Deutsche Volksversicherung, gestützt auf die Organisationen, die sich ihr angeschlossen haben, und im Hinblick auf ihre gesunde finanzielle Grundlage getrost in die Zukunft blicken können.

Wie aus dem Geschäftsberichte hervorgeht, erhöhte sich trotz des Krieges, der den Versicherungsbestand der meisten Lebensversicherungsunternehmen wesentlich vermindert hat, der Versicherungsbestand unserer Volksversicherung durch einen Zuwachs von mehr als 27 200 Versicherungen mit über 10 Millionen Mk. Versicherungssumme auf 22 613 855.60 Mk.

Will man einen Ueberblick über die Entwicklung des Versicherungsbestandes sowie des Vermögens seit Gründung gewinnen, so geschieht dies am klarsten an Hand folgender zahlenmäßigen Aufstellung.

Es betrug bei unserer Volksversicherung

	Die Anzahl der laufenden Versicherungen	der Betrag	der Gesamtbetrag des Gesellschaftsvermögens
1913	10 083	3 118 965.—	2 926 649.93
1914	35 044	12 784 449.10	3 117 271.82
1915	62 277	22 613 855.60	5 800 169.86

Nicht günstig war auch ihre innere Entwicklung. Die Jahresprämieneinnahme ist nämlich 1915 gegenüber dem Vorjahre um 71 Prozent gestiegen, und zwar von 592 265.26 Mk. auf 1 014 898.54 Mk. gestiegen, die Einnahme aus Zinsen von 47 717.65 auf 133 554.05 Mk. und der Gesamtbetrag der Einnahmen von 1 336 690.91 auf 4 002 328 Mk.

Dagegen sind die Verwaltungskosten einschließlich der Ausgaben für erste Einrichtung und Organisation, aber ohne Abschluß- und Inkassovergütung gegen das Vorjahr ganz erheblich und zwar um rund 50 Prozent gesunken; die Ausgaben für Abschluß- und Inkassovergütungen sind um 54 Prozent gesunken.

Auch die Ausgaben für Sterbe- und Invaliditätsfälle konnten trotz des Krieges mit den dafür verfügbaren Mitteln voll gedeckt werden und ließen noch einen erheblichen Ueberchuß.

Das Bild ist also überall erfreulich. Unsere Volksversicherung hat sich an den vier Kriegsanleihen mit insgesamt 1 901 800 Mk. beteiligt; die gezeichneten Beträge sind bereits bis auf einen verhältnismäßig kleinen Betrag voll eingezahlt.

Aus den Kreisen der beteiligten Organisationen haben wiederum mehrere größere Sterbekassen ihre Versicherungsbestände unserem großen, gemeinnützigen Unternehmen angeschlossen und damit in dankenswerter Weise ein vorbildliches Beispiel gegeben.

Die wohl der Gesellschaft als Wohlfahrtsunternehmen betriebene Deutsche Kriegsversicherung hat sich gleichfalls günstig entwickelt. Am 20. Mai 1916 waren im ganzen 58 048 Kriegsteilnehmer versichert, für die 763 507 Mk. eingezahlt sind. Neue Anmeldungen gehen noch täglich ein. Die für die Einführung der Kriegsversicherung entstandenen Auslagen sind bereits völlig gedeckt, sodaß künftig der größte Teil der Zinserträge den Versicherten zufließt.

Die Anzahl der gemeldeten Sterbefälle ist bisher auffallend gering. Zuerlässige Schlüsse über die Höhe der zur Auszahlung gelangenden Anteile lassen sich hieraus jedoch nicht ziehen.

da die Möglichkeit besteht, daß mit den Anmeldungen zurückgehalten ist. Da unsere Deutsche Kriegsversicherung sofort nach ordnungsmäßiger Anmeldung des Sterbefalles eine vorläufige Abschlagszahlung in Höhe des fünffachen Betrages der Einzahlung leistet, so liegt die baldige Anmeldung im Interesse der Berechtigten, worauf auch an dieser Stelle hingewiesen sei.

Zu der Deutschen Kriegsversicherung ist inzwischen noch die gleichfalls als Wohlfahrtsunternehmen betriebene Deutsche Kriegswaisenversicherung getreten, deren Einführung im Jahre 1915 vorbereitet wurde. Sie ergänzt die bisher für die Kriegswaisenversicherung ausschließlich empfohlene Versorgungs- und Kinderversicherung nach Tarif 3 und 4 und ist hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Kriegspatenversicherung zugeschnitten. Sie will bekannlich Vereinen und Menschenfreunden die Möglichkeit geben, für versorgungsbedürftige Kriegswaisen ein möglichst hohes Ausbildungskapital nach einem besonders billigen Erlebensfalltarife zu versichern.

Die Generalversammlung vom 26. v. Mts., die unter dem Eindruck des günstigen Geschäftsberichtes stand, genehmigte einstimmig diesen Bericht und erteilte dem Vorstände und Aufsichtsrate Entlastung.

Die Verteilung des verfügbaren Reingewinnes in Höhe von 46 403,03 Mk. wurde gleichfalls nach den Vorschlägen des Vorstandes und Aufsichtsrates genehmigt. Es wurden zunächst 5 Prozent = 2 320,15 Mk. dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt. Von dem mit 44 082,88 Mk. verbleibenden Reste wurden 70 Prozent = 30 858,02 Mk. der Gewinnreserve der mit Gewinnanteil Versicherten zugewiesen. Weitere 10 Prozent = 4 403,28 Mk., die nach Beschluß der Generalversammlung im Interesse aller Versicherten zu verwenden sind, wurden dem Wohlfahrtsfonds für die Versicherten überwiesen. Von dem dann noch mit 8 816,58 Mk. verbleibenden Reste standen 8 000 Mk. zur Verteilung einer Dividende auf das Aktienkapital zur Verfügung. Nach dem einstimmigen Beschluß der Generalversammlung verzichteten die Aktionäre jedoch wiederum in dankenswerter Weise auch in diesem Jahre auf die Ausschüttung der ihnen zustehenden Dividende. Der dafür verfügbare Betrag wird zur Auffüllung des Organisationsfonds verwandt, der hiernach 465 989,05 Mk. aufweist. Der Rest des Gewinnes von 816,58 Mk. wurde zur Erhöhung der Kriegsreserve verwandt.

Bei der Erstmahl für die sachungsmäßig alljährlich auszuwählenden Aufsichtsratsmitglieder beschloß die Versammlung einstimmig die Wiederwahl der ausgeschiedenen 7 Herren.

Der Herr Vorsitzende, Staatsminister Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, schloß die Versammlung mit einem warmen Appell an alle beteiligten Organisationen, in dem er bat, mir größter Tatkraft dahin zu wirken, daß das wichtige und große sozialpolitische Unternehmen der Deutschen Volksversicherung Aktiengesellschaft sich kräftig weiterentwickle zum Segen für Volk und Vaterland. Diesem Wunsche schließen wir uns an.

Feldpostbrief.

Millionenweise wandern täglich die Briefe zwischen der Heimat und dem Feinde hin und her. Ein Beweis treuen Gedankens der Familienangehörigen, wie vieler Freunde, die einem im Leben nahe gestanden haben. Ob nun ein Brief eintrifft von der besorgten Gattin oder den schon ergrauten Eltern, ob auch von alten Mitkämpfern unserer Organisation, die trotz des Krieges unserer Sache treu geblieben sind, in allen Briefen kommt gleichmäßig der Wunsch zum Ausdruck: Auf baldiges Wiedersehen.

Wohl zu keiner Zeit des Krieges ist wohl so viel von Frieden geredet und geschrieben worden, wohl selten sind die Hoffnungen auf ein baldiges Kriegsende so groß gewesen als in den verfloßenen Wochen. Und diese Hoffnungen und Wünsche waren berechtigt, da fürwahr genug Blut geflossen, genug Not und Elend in so mancher Familie Einzug gehalten hat.

Mit Genugtuung und Dankbarkeit vernahm daher das deutsche Volk zum wiederholten Male, daß der Reichszankler in aller Öffentlichkeit der Welt verkündete, daß Deutschland nicht abgeneigt sei, dem grausamen Kämpfen ein Ende zu machen und bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten. Vorbedingung für solche Verhandlungen sollte sein, daß Deutschlands Lebensinteresse gewahrt bliebe.

Angesichts dieser selbstverständlichen Forderung glaubte man allgemein, daß dieser Vorschlag auf Feindeseite angenommen und der Versuch unternommen würde, diesem furchtbarsten aller Kriege ein Ende zu bereiten. Die das glaubten, hatten aber falsch geglaubt. Vor allem Englands Zankler, Sir Edward Grey, wies das Angebot unserer Regierung glatt ab. Die derzeitige Kriegslage, so sagte er, erlaube England nicht, den Frieden zu suchen, da wir siegreich weit in Feindesland ständen und demzufolge für uns ein ehrenvoller Friede, der die zukünftige Exis-

tenz Deutschland gewährte, gesichert sei. Dies steht mit dem englischen Plan, Deutschland politisch und wirtschaftlich ein für alle mal zu erledigen, im Widerspruch. Demzufolge lehnt Sir Edward Grey das Verhandlungsgebot ab mit der Hoffnung: die Kriegslage — könnte — sich im Verlaufe des weitren Krieges zu ihren Gunsten ändern, was ihnen gestatten würde, den Krieg ihren Plänen entsprechend zu beendigen.

So wird also der Kampf weitergehen und viele Friedenswünsche und Hoffnungen haben wir zu Grabe tragen müssen durch das Verhalten unserer Feinde. Mit Recht hat unser Reichszankler die Verantwortung für das weitere unnütze Blutvergießen abgelehnt. Das Schuldkonto Englands ist um ein weiteres unverantwortliches Verbrechen belastet worden, welches sich fürchtbar rächen wird. Zu Vertrauen auf unser reines Gewissen und unser gutes Schwert, wie auch zur Sicherung der zukünftigen Existenz der deutschen Arbeiterklasse wollen wir erneut das Gelöbnis abgeben, alle Kräfte dem Vaterlande dienstbar zu machen und den unerhörten Willen bekunden, die schmerzlichen Opfer nicht zu scheuen, um die Verbrecherpläne Englands zu schanden zu machen. Mit der Möglichkeit ist jetzt schon zu rechnen, daß der unselige Kampf noch weiter dauert, wodurch unermessliche Werte vernichtet werden.

Wird dann aber die Kriegslage die gleiche sein wie heute oder was wir hoffen wollen, eine noch bessere ist, dann wird die Abrechnung mit Englands freibesthaftem Spiel erfolgen, eine Abrechnung, die vollkommene Sühne erheischen muß für die Opfer, die wir noch bringen gezwungen worden sind.

Die Hoffnungen auf ein baldiges Wiedersehen werden daher vorerst Herzenswünsche bleiben. Aber eins wünschen und wollen wir alle erwarten, daß, wenn wir uns wiedersehen nach hartem schwerem Kampfe, wie uns wiedersehen in einem freien deutschen Lande ohne Englands Ketten tragen zu müssen, die es für uns geschmiedet hat.

In diesem Falle ist der Preis der Opfer wert, die wir zu bringen gezwungen worden sind.

Gefreiter Martin Fabender.

Verbandsnachrichten.

Kollege Sidmann, Redakteur und Hauptkassierer des Verbandes, ist bis auf weiteres vom Militärdienst zurückgestellt und hat die Verbands-Geschäfte wieder übernommen. Alle Zuschriften, die die Verbandsleitung, Hauptkassie und Redaktion des Organ betreffen, sind zu adressieren an die Hauptgeschäftsstelle des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschaften und Straßenbahner, Köln, Denloerwall 9.

Die Bezirksgeschäfte für den 1. (Kölner) Bezirk erledigt vor wie nach Bezirksleiter Kollege Krumb. Alle Korrespondenzen betr. Agitation, Lohnbewegungen, Eingaben usw. aus seinem Bezirk bitten wir, wie bisher, an seine Adresse zu senden.

Vom 1. Quartal haben noch abgerechnet die Ortsgruppen: Düsseldorf (Gemeindegewerkschaften); vom 2. Quartal die Ortsgruppe Werneck.

Der Zentralvorstand.



Den Heldentod für König und Vaterland erlitten unsere lieben Kollegen

Anton Sobenhofer,
Mitglied der Ortsgruppe Nürnberg.

Ernst Kuhra,
Mitglied der Ortsgruppe Hildesheim,
gefallen am 17. Juni 1916, im Osten.

**Wir werden ihnen ein ehrendes
Andenken bewahren.**